

Ostermarsch 2020 – andere Formen

Die gegenwärtige Corona-Krise und die sich daraus ergebenden Auflagen machen eine Durchführung von Veranstaltungen oder Demonstrationen unmöglich. Die Organisatorinnen und Organisatoren der Ostermärsche 2020 wollen aber nicht, dass den Menschen damit jegliche Möglichkeit genommen wird, wie seit den 1960er Jahren immer zu Ostern, ihre pazifistischen und antimilitaristischen Anschauungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Vielfältige Formen wie das geschehen kann, sind möglich.

Das Corona-Virus macht aber auch vor dem Militär nicht Halt und hat bereits Defender Europe 2020, ein großes NATO-Manöver mit erdrückender US-Beteiligung, in die Knie gezwungen. Diese Kriegsstüben hatte die Friedensbewegung aufgrund ihres konflikteskalierten Charakters gegenüber Russland, ihrer Belastungen der Umwelt und aus friedenspolitischen Erwägungen heftig abgelehnt. Corona wird jedoch Aufrüstung und Rüstungsexporte oder deutsche Militärauslandseinsätze nicht dauerhaft stoppen können. Hier ist weiterhin unser verstärktes friedenspolitisches Eingreifen erforderlich.

Viele Basisinitiativen rufen dazu auf, über Ostern z.B. Friedenszeichen, selbst gefertigte Banner und Symbole oder bunte Pace-Fahnen aus den Fenstern der Wohnungen zu hängen sowie an Autos, Fahrrädern und Jacken zu befestigen und vieles mehr (siehe www.friedenskooperative.de/alternativer-ostermarsch).

Angesichts der durch die Coronapandemie demonstrierten Verletzlichkeit einer globalisierten Welt fordern wir von der Bundesregierung:

- die für die Erhöhung der Rüstungsausgaben vorgesehenen Geldmittel von rund 40 Milliarden Euro für Gesundheit, Umwelt, Bildung und Soziales einzusetzen.
- das Ende aller Kriegseinsätze der Bundeswehr und die Ausweitung von Maßnahmen ziviler Konfliktlösung.
- den Ausstieg aus der militärischen Integration für weltweite Einsätze der Europäischen Union
- den sofortigen Stopp aller Waffenexporte an alle kriegführenden Parteien und Einstieg in die Rüstungskonversion.
- die Aufnahme einer glaubwürdigen

Entspannungspolitik gegenüber Russland.
• den Beitritt zum Vertrag zum Verbot von Atomwaffen.

Wir werden uns gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Schüler und Studierendeninitiativen dafür einsetzen, dass die unter den gegebenen Bedingungen respektierten Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte wieder aufgehoben werden. Und wir werden uns aus der Erfahrung ihres hohen Wertes für ein wirklich demokratisches Gemeinwesen für deren weitere Stärkung einsetzen.

Uns ermutigt der Aufruf des UN-Generalsekretärs Guterres zu einem „sofortigen weltweiten Waffenstillstand.“ „Die Heftigkeit des Virus“ verdeutliche, wie „unsinnig“ Kriege seien. Ebenfalls begrüßen wir den Appell der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, die gegen viele Länder verhängten Sanktionen sofort auszusetzen, damit diese Länder die Mittel haben, sich gegen die Corona-Pandemie zu wappnen.

Gemeinsamer Aufruf vom Bundesausschuss Friedensratschlag und der Friedenskooperation, *Berlin/Frankfurt, 27.03.2020*

Corona - der Friedensretter!

„Defender Europe 2020“ abgesagt

Was Politiker der Linkspartei und Friedensbewegte nicht geschafft haben, das schaffte ein kleines unsichtbares Virus: „Defender Europe 2020“, das größte US-amerikanische Militärmanöver auf europäischem Boden seit Ende des (ersten) Kalten Krieges, wurde gecancelt!

Und die Bundeswehr leistet nun logistische Unterstützung dabei, die amerikanischen Kräfte – 5.500 nach Europa verlegte Soldaten, geplant waren 20.000 – wieder geordnet in die USA zurückzuführen.

Nicht nur das Hauptmanöver, auch die mit „Defender Europe 2020“ verlinkten Manöver „Cold Response“ in Norwegen und Südkorea wurden abgesagt, und – schrecklich, schrecklich! – die ersten einflussreichen Kalten Krieger mussten bereits eine virale „Hot Response“ einstecken: Wie die FAZ meldete, befindet sich der Oberkommandierende des amerikanischen Heeres

TERMINE

Alle Termine **bis 20. April** sind abgesagt oder verschoben. Was danach kommt ...

Viele Veranstalter haben ihre Aktivitäten deshalb ins Internet verlegt: Es gibt jetzt **Online-Veranstaltungen** und Video-Konferenzen, an denen man sich aktiv beteiligen kann. Leider werden sie nur sehr kurzfristig bekannt gegeben. Bitte schaut auf unsere Internetseite, dort findet ihr die Angebote und die Zugangsdaten.

Viele Großveranstaltungen sind vom Corona-Virus ausgebremst: Der diesjährige **Ostermarsch** (der 60.!) findet nur virtuell statt. Der **Globale Klima-Streik** am 24.4. von Fridays for Future wird als Netzstreik durchgeführt. Die anschließende 3-tägige Frankfurter **Klimakonferenz „Frankfurt für Future“** wird verschoben. Und der DGB hat alle Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen zum **1. Mai** abgesagt.

res in Europa, Generalleutnant Christopher Cavoli, in Quarantäne. In Quarantäne befinden sich zudem der Tagungsteilnehmer und Chef des italienischen Heeres, General Salvatore Farina, sowie der Inspekteur des deutschen Heeres, Generalleutnant Alfons Mais.

Kurz: Das Wiesbadener Hauptquartier des amerikanischen Kommandos in Europa erwies sich im Nachhinein als ein Ort unfreiwilliger biologischer Kriegsführung. Und zwar ohne dass ein externer Feind die Finger im Spiel gehabt hätte!

Nun hat das Virus mit dem öffentlichen Leben in Deutschland auch „Defender Europe 2020“ vollständig zum Erliegen gebracht. Das ist immerhin auch ein Etappensieg der Friedensbewegung, die dafür fast keinen Finger krumm gemacht hatte. Manchmal hat man halt Glück im Unglück!

RT Deutsch, 18.3.2020

Grundsätzlicher Strategiewechsel der ABG in der Krise notwendig

Koalition bestätigt negatives Rechtsgutachten

Alexis Passadakis, Sprecher des Bündnis Mietentscheid Frankfurt und aktiv bei Attac Frankfurt, kommentiert die Abstimmung der Stadtverordneten: „Die Koalition setzt damit ihre Handlungsunfähigkeit bezüglich bezahlbaren Wohnraums fort. Obwohl laut Umfragen eine Mehrheit der Menschen in Frankfurt die Forderungen des Mietentscheid unterstützt, werden ihre Stimmen von der CDU-SPD-Grünen-Koalition ausgebremst. Wir sehen ökonomisch turbulenten Zeiten entgegen, aber bereits jetzt haben 68% aller Mieter*innen Anspruch auf geförderten Wohnraum. Wir gehen davon aus, dass sich diese Zahl in den kommenden Wochen und Monaten weiter erhöhen wird. Die bereits angekündigten Maßnahmen der ABG begrüßen wir, aber die nun dringend nötige Antwort wäre ein tatsächlicher Strategiewechsel der ABG für rasch mehr bezahlbaren Wohnraum, so wie ihn der Mietentscheid vorsieht.“

Mietentscheid macht weiter

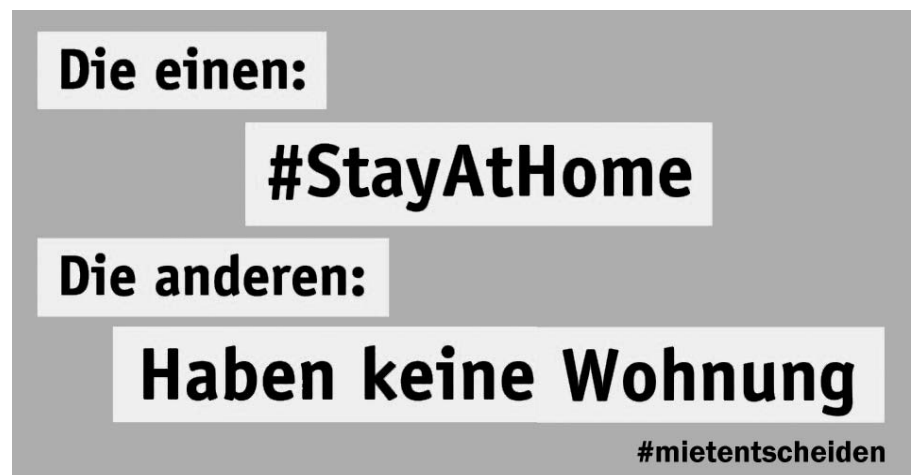
Lisa Hahn, Sprecherin des Mietentscheids und bei ‚Eine Stadt für alle! Wem gehört die ABG?‘ aktiv, bekräftigt: „Natürlich be-

deutet diese Entscheidung nicht, dass wir aufhören. Wir wollen den Mietentscheid, den sich 25.000 Frankfurter*innen vor einem Jahr gewünscht haben, vor Gericht durchsetzen. Wir klagen gegen die Auffassung der CDU-SPD-Grünen-Koalition,

dass der Mietentscheid rechtlich ungültig sei. Wir werden uns weiter für mehr bezahlbaren Wohnraum, unsere Forderungen und für mehr direkte Demokratie einsetzen!“

Die Demonstration am 28. März - dem europaweiten Aktionstag gegen Mietwahn „Housing Action Day“ - sei zwar abgesagt. „Aber wir machen weiter Druck für die Forderungen für sicheren und bezahlbaren Wohnraum. Denn der ist in diesen Zeiten wichtiger denn je!“, so Hahn.

Mietentscheid Frankfurt, 27. März 2020



„Wir schicken die Miete in Quarantäne“

Online-Petition gegen Mietschulden

Liebe Mietentscheider*innen, bis auf weiteres wird es kein Plenum für den Mietentscheid geben.

Aber wir haben das Bedürfnis, aktiv zu werden in dieser Zeit, in der viele wegen der Beschränkungen des öffentlichen Lebens weniger oder gar kein Einkommen haben. Denn das bedeutet auch, dass viele am Ende des Monats nicht wissen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen. Am 17. März hat Oberbürgermeister Peter Feldmann zwar per Videobotschaft versprochen, „individuelle Lösungen“ finden zu wollen. Aber das reicht uns nicht. Wir wollen eine verbindliche Zusage darüber, dass in Frankfurt niemand Mietschulden in dieser Zeit anhäuft und haben deshalb eine Online-Petition gestartet, die ihr hier unterstützen könnt: <http://chng.it/tHgK6xNtYS>

Parallel unterstützen wir Forderungen nach einem Ende der Zwangsräumungen in Frankfurt und einem Ende der prekären Unterbringung von wohnungslosen und obdachlosen Personen (u.a. von unseren Bündnispartnern solidarity city und Eine Stadt für Alle). Über die weiteren Entwicklungen und alles weitere werden wir euch so gut es geht auf dem Laufenden halten.

Mietentscheid Frankfurt, 22. März 2020

Ende der Sozialbindung für 257 Sozialwohnungen im Ostend

Auch behindertenfreundliche Wohnungen von Mietsteigerungen bedroht

Ende 2020 wird in einem Häuserkomplex im Frankfurter Ostend mit 257 Wohneinheiten in 16 Häusern (Waldschmidtstr. 41-45a, Wittelsbacherallee 16-26, Jakob-Carl-Junior-Str. 2-8) die Sozialbindung auslaufen.

Wir, die betroffenen Mieterinnen und Mieter, wollen das nicht einfach hinnehmen und haben uns hilfesuchend an die Stadt und den Eigentümer Josef Buchmann gewandt. Doch weder der Stadtplanungsdezernent noch der Eigentümer zeigen sich in ihren Antwortschreiben zuversichtlich, dass die Sozialbindungen für den Gebäudekomplex verlängert werden.

Aufgrund der prekären Wohnsituation in Frankfurt am Main sind wir darauf angewiesen, weiterhin hier zu sozialverträglichen Preisen wohnen zu können. Uns wäre es nicht möglich, auf dem freien Wohnungsmarkt bezahlbare Wohnungen zu finden.

Auf unsere Nachfrage teilte uns der Eigentümer Josef Buchmann mit, dass er nach dem Ende der Sozialbindung „im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben“ Mieterhöhungen plane. Das bedeutet, die Miete könnte mit Jahresbeginn 2021 direkt um 15% steigen, ohne dass der Eigentümer dafür etwas am Zustand der Mietsache verbessern muss. „Wenn der Eigentümer zusätzlich Modernisierungen an den Gebäuden vornimmt,

kommen weitere Mietsteigerungen auf die betroffenen Mieterinnen und Mieter zu, bis zu 2,- €/qm innerhalb von 6 Jahren“, erläutert Jürgen Lutz von Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V.

So befinden sich z.B. im Haus Waldschmidtstr. 43 zwölf behindertenfreundliche Wohnungen in der Sozialbindung. Günstige Wohnungen von diesem Ausbaustandard sind auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt Mangelware.

Wir, die Mieterinnen und Mieter, fordern, dass die Stadt mit dem Eigentümer eine Verlängerung der Bindung für alle 257 Sozialwohnungen vereinbart. Darüber hinaus haben wir in einem Antragsentwurf vom 25.11.2019 den Ortsbeirat 4 gebeten, einen Antrag an den Magistrat zu stellen, um diese Wohnanlage in die städtische Milieuschutzsatzung aufzunehmen.

Wir Mieterinnen und Mieter dieser Wohnanlage befürchten, dass mit Wegfall der Sozialbindung zum 31.12.2020 die Verdrängung einkommensschwacher Haushalte beginnen wird.

Mieter helfen Mietern Frankfurt e.V. und die Nachbarschaftsinitiative NBO – Nordend, Bornheim, Ostend – schließen sich dieser Forderung ausdrücklich an.

*Mieter*innen-Initiative WWJ, Pressemitteilung, 23. März 2020*

#WirhabenPlatz – Frankfurt ist ein sicherer Hafen

Angesichts der menschenunwürdigen Situation der Geflüchteten an der griechisch/türkischen Grenze und auf den griechischen Inseln hat DIE LINKE. Fraktion die Frankfurter Stadt Regierung am 5. März zum Handeln aufgefordert. Auch wenn es kein großer Wurf ist, hat die Stad-Regierung am 20. März mit einem Antrag geantwortet.

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer gemäß § 17 (3) GOS:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Stadt Frankfurt erklärt sich bereit, Geflüchtete aus der griechisch-türkischen Grenzregion direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote

Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Land Hessen hergestellt.

Begründung: Angesichts der unmenschlichen Situation an der EU-Außengrenze zur Türkei und auf der griechischen Insel Lesbos nimmt die Stadt Frankfurt am Main sofort Geflüchtete aus dieser Region auf. Damit setzt Frankfurt am Main das Bekenntnis in die Tat um, ein sicherer Hafen zu sein und folgt der Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung, die Frankfurt als „sicheren Hafen“ ausweist. Die aktuelle Situation an der türkisch-griechischen Grenze ist verheerend. Mit Tränengas, Blendgrana-

te und Wasserwerfern schießt das griechische Militär und die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex auf schutzsuchende Menschen. Das Verhalten der EU und der Bundesregierung ist eine Schande.

Dringlicher gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜ-NEN gemäß § 17 (3) GOS:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten sowie geflüchteten Familien mit Kindern von der türkisch-griechischen Grenze sowie von Kindern, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, von den griechischen Inseln vorzubereiten und mit den zuständigen hessischen Behörden das Zuweisungskontingent für Frankfurt frühzeitig genehmigen zu lassen, damit ein geordnetes Zugangsverfahren umgesetzt werden kann. Die Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten richtet sich weiterhin nach den in Deutschland und Hessen geltenden Regeln.

Zudem fordert die Stadtverordnetenversammlung Bund und Land auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die an der türkisch-griechischen Grenze herrschenden unmenschlichen Zustände beendet werden und die dort befindlichen Geflüchteten in Europa Hilfe erhalten.

Runter von der Straße – raus aus der B- Ebene - rein in die Hotels!

Hunderte Obdachlose in Frankfurt haben keine Möglichkeit sich in ein Zuhause zurückzuziehen.

Bleiben Sie zuhause, wahren Sie Distanz! So lautet die dringende, ständig wiederholte Aufforderung angesichts der Coronainfektionen.

Hunderte Obdachlose in Frankfurt haben keine Möglichkeit sich in ein Zuhause zurückzuziehen. Sie leben auf der Straße, viele von ihnen sind gesundheitlich angeschlagen. Durch das Zurückfahren des öffentlichen Lebens sind sie ihrer wenigen Einkommensmöglichkeiten wie Flaschensammeln und Betteln beraubt. Hilfsstrukturen sind in der aktuellen Situation überlastet oder drohen geschlossen zu werden.

In dieser Lage fordern wir die Stadt Frankfurt dringend auf, dem Beispiel Londons folgend, die sofortige Unterbringung Obdachloser in Hotels zu veranlassen. Das bedeutet Schutz für die Betroffenen, deren Grundversorgung ebenfalls garantiert werden muss.

Zudem fordern wir, sämtliche Sammelunterkünfte aufzulösen und die dort untergebrachten Menschen gleichfalls in den leerstehenden Hotels unterzubringen.

Diese vorübergehende Hotelunterbringung darf nicht damit enden, dass die bisherigen, skandalösen Zustände wieder aufgenommen werden. Corona macht deutlich: so wie es ist, kann es nicht weitergehen! Weder das Leben auf der Straße, noch die Unterbringung von Obdachlosen und Geflüchteten in Sammelunterkünften ist menschenwürdig.

Solidarität ist unteilbar - Obdach für alle!

Diesen Appell unterstützen bisher folgende Initiativen, Projekte, Vereine und Gruppen:

Solidarity City Frankfurt, Seebrücke Frankfurt, Initiative Zukunft Bockenheim

e.V./Stadtteilbüro Bockenheim, Eine Stadt für Alle, Mietentscheid Frankfurt, Offenes Haus der Kulturen e.V., VVN-BdA Frankfurt, Kuhle Wampe Frankfurt, Aktionsgruppe für den Aufbau der 3. Reihe, Nika Miethäusersyndikat- Wohnprojekt Frankfurt, FALZ- Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V., Migrantifa Hessen, Aufstehen gegen Rassismus Rhein-Main, Potere al Popolo Francoforte, theaterperipherie

Solidarity City Frankfurt, 26.3.2020

BMI chartert einen Abschiebeflieger für zwei Frauen in den Iran

PRO ASYL: Absurdes und unverantwortliches Unterfangen des Bundesinnenministeriums

Während der Flugverkehr weltweit fast eingestellt ist und sich ganze Länder im Stillstand befinden, will das Bundesinnenministerium (BMI) kommende Woche vom Frankfurter Flughafen aus zwei Iranerinnen in einem eigens für sie gecharterten Flugzeug in den Iran abschieben.

Eine der beiden Betroffenen kam gemeinsam mit ihrem Verlobten nach Deutschland, der aufgrund von Herzproblemen nach Deutschland einreisen durfte, sich nun im Asylverfahren befindet und aus Angst um seine Verlobte PRO ASYL um Hilfe bat. Die Asylsuchende wurde im Asylverfahren am Flughafen abgelehnt, durfte nicht nach Deutschland einreisen und befindet sich in der Transitzone in Abschiebungshaft. PRO ASYL hält es für unverantwortlich im Eilverfahren am Flughafen solche Entscheidungen zu treffen.

PRO ASYL hält das Beharren des BMI auf einer Charter-Abschiebung in eines der größten Corona-Risiko-Gebiete der Welt für absurd und unverantwortlich. Der gesamte

Iran gilt laut Robert-Koch-Institut aufgrund von Corona als Internationale Krisenregion. Mehr als 29.000 Menschen sind infiziert, mehr als 2.200 Menschen bereits an dem Virus verstorben (Stand: 27.03.).

Aufgrund weniger verlässlicher Daten über die Zahl der Infizierten sowie der Todesfälle geht die WHO sogar von einer fünf-mal höheren Dunkelziffer aus. Expert*innen rechnen aktuell damit, dass die Zahl der Todesopfer im Iran bis Ende Mai auf 3,5 Millionen ansteigen könnte (Quelle: dw).

Die Lage im Iran ist nicht zuletzt wegen einer fehlenden medizinischen Infrastruktur dramatisch. Die meisten Airlines fliegen das Land nicht mehr an. Auch der reguläre Flugverkehr aus Deutschland in den Iran ist eingestellt. Und was macht die Bundesregierung? Mietet eigens für diese Abschiebungsmaßnahme ein Flugzeug in die Krisenregion.

PRO ASYL fordert den sofortigen Stopp dieser Abschiebung sowie einen generellen Abschiebungsstopp aufgrund der weltweiten Ausbreitung des Corona-Virus.

Pro Asyl, 27.3.2020

Frankfurter Info 7 / 2020, 4. April 2020

Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.

Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.

Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto

Verein LAGG, DE28 5019 0000 4302 1745 69

Frankfurter Volksbank, Verwendungszweck: Frankfurter Info

Druck und Versand: druckwerkstatt Rödelheim

Redaktions- und Bezugsadresse:

eMail: redaktion@frankfurter-info.org

Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08

Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 13. April 2020

Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann

Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

Solidarisch trotz Corona!

Liebe Nachbarschaft, aufgrund der derzeitigen Situation des Coronavirus SARS-CoV-2 möchten wir uns als Nachbarschaft gegenseitig helfen, damit niemand alleine ist. Wir wollen uns gegenseitig helfen bei Einkäufen, mit dem Hund gehen, Kinderbetreuung, Austausch/Ausleihen von Alltagsgegenständen, usw.

Dabei spielen die Hautfarbe, Herkunft, Sprache oder sexuelle Orientierung keine Rolle!

Denkt auch an unsere (älteren) Nachbar*innen, die kein Smartphone besitzen.

Durch Solidarität stehen wir die nächsten Wochen gemeinsam durch.

Es gibt **Hotlines für Hilfesuchende** telefonisch erreichbar:

Bockenheim / Westend

069 3486906-35

Montag–Freitag: 12.00-18.00 Uhr

Samstag: 14.00-16.00 Uhr

Bornheim / Ostend / Nordend

0152 18737616

Täglich: 11.00-16.00 Uhr

Eckenheim / Preungesheim / Berkersheim / Frankfurter Berg

069 3486906-45

Montag–Samstag: 16.00-18.00 Uhr

Höchst / Griesheim / Nied /

Sossenheim / Unterliederbach /

Zeilsheim / Sindlingen

069 3486906-65

Täglich: 08.00-18.00 Uhr

Gallus / Bahnhofsviertel / Europaviertel / Gutleut

069 3486906-50

Täglich: 08.00-22.00 Uhr

Niederrad / Flughafen / Goldstein /

Schwanheim

069 3486906-15

Täglich: 11.00-16.00 Uhr

Rödelheim

069 3486906-31

Täglich: 17.00-19.00 Uhr

Sachsenhausen

069-3486906-25

Täglich: 10.00-16.00 Uhr

Neu-Isenburg

069 3486906-95

Täglich: 10.00-18.00 Uhr

Alle **wichtigen Telefonnummern** (kostenlos) von Notruf bis Beratungsangebote sind aufgelistet:

Bei erstem Verdacht auf Coronavirus SARS-CoV-2 bitte die 0800 5554666 oder die 116117 wählen.

Ärztliche Bereitschaftsdienste: 116117
Notruf (Rettungsdienst/Feuerwehr): 112
Telefonseelsorge Frankfurt: 0800 1110222

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen: 08000 116016

Kinderschutz Hotline des Landes Hessen: 0800 2010111

Infotelefon des Bundesgesundheitsministeriums zum Coronavirus: 030 346465100

Infotelefon des Landes Hessen: 0800 5554666

Infotelefon Depression: 0800 3344533

Sucht und Drogenhotline: 01805 313031 (Festnetz: 14ct/min, Mobil: max. 43ct/min)

Kinder und Jugendtelefon: 116111
Telefonseelsorge: 0800 1110111 / 0800 1110222 / 116123

Die Helfer werden in Telegramgruppen für alle Frankfurter Stadtteile organisiert.

Es gibt einen Leitfaden zum richtigen Helfen: „Wie Helfen – und was lieber lassen“ in vielen Sprachen zur Information vorab.

Außerdem stellt das Netzwerk Plakate und Flyer zum Ausdrucken bereit, um all die Personen anzusprechen, die nicht über Computer oder Smartphone verfügen.

Das Netzwerk »Solidarisch trotz Corona« ist ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, Freundeskreisen sowie linken Gruppen und Stadtteilläden.

Inzwischen gehören dem Netzwerk mehr als 2.000 Menschen an, die sich in Ortsgruppen engagieren. »Solidarisch trotz Corona« will eine Nachbarschaftshilfe etablieren, in der sich Frankfurter*innen während versuchten Eindämmung des Coronavirus gegenseitig helfen. Das Netzwerk hat ein antirassistisches Selbstverständnis und tritt in Zeiten rechter Hetze und autoritären Zuspitzungen für ein gemeinschaftliches Miteinander ein.

Und sonst so:

Flughafen:

Landebahn Nordwest stillgelegt

und in Parkplatz umgewandelt seit Montag 23. März. (Bild: Walter Keber)



Leseempfehlung:

Was tun in Zeiten von Corona?

Eine gelungene Analyse der derzeitigen gesellschaftlichen Situation mit Corona und den Anforderungen an die politische Arbeit in der Zukunft von Karin, @iLfrankfurt:

<https://blog.interventionistische-linke.org/corona/was-tun-in-zeiten-von-corona>

Den 8. Mai 2020 in Hessen zum Feiertag erklären!

Die VVN-BdA fordert die Hessische Landesregierung auf, den 8. Mai 2020 zum Feiertag zu erklären. An diesem Tag jährt sich die Befreiung Deutschlands vom Faschismus zum 75. Mal.

Insbesondere angesichts der im Zuge der Corona-Krise zu erwartenden Absagen offizieller Feierlichkeiten zum 8. Mai 2020 ist die Aufwertung dieses Gedenktags zum Feiertag ein wichtiges öffentliches Signal.

In eigener Sache:

Da die Druckwerkstatt zur Zeit nur noch mit einigen Freiwilligen arbeitet - und dies kann sich täglich ändern! - ist die Produktion und der Versand der Papierausgabe des **FRANKFURTER INFO** nicht mehr gesichert. Wenn das INFO nicht ankommt, schaut bitte auf unsere Internetseite www.frankfurter-info.org/Druckausgabe/. Dort stehen PDFs zum Lesen und Ausdrucken.

www.corona-soli-ffm.org